

**Antrag 246/I/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gefängnisreform: Rückfallquote senken – Resozialisierung stärken**

1 Das deutsche Strafvollzugssystem steht vor einer zen-  
 2 tralen Herausforderung: Die Rückfallquote von Straftä-  
 3 ter\*innen ist zu hoch, und die bestehenden Resozialisie-  
 4 rungsmaßnahmen reichen nicht aus, um eine nachhalti-  
 5 ge gesellschaftliche Wiedereingliederung zu gewährleis-  
 6 ten. Wer einmal im Gefängnis war, hat oft geringe Chan-  
 7 cen auf einen erfolgreichen Neustart. Rund 44 % Entlasse-  
 8 ne werden wieder straffällig, bei Jugendlichen sind es so-  
 9 gar ca. 70%. Das führt zu einem Teufelskreis aus Inhaftie-  
 10 rung und Rückfall, der nicht nur das Leben der Betroffenen  
 11 prägt, sondern auch die Gesellschaft belastet.

12

13 Statt Gefängnisse als bloße Strafanstalten zu begreifen,  
 14 müssen sie Orte der Resozialisierung werden und den  
 15 Menschen eine echte zweite Chance ermöglichen. Nur so  
 16 kann verhindert werden, dass Menschen nach ihrer Haft-  
 17 strafe erneut straffällig werden. Wer nach der Haft ein sta-  
 18 biles Leben führen kann, wird nicht rückfällig – das schützt  
 19 die Gesellschaft, reduziert Kriminalität und spart lang-  
 20 fristig Kosten. Eine progressive Gefängnisreform ist daher  
 21 nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der  
 22 Vernunft. Ein modernes Gefängnis muss sich daher auf  
 23 Bildung, berufliche Qualifikation und psychologische Be-  
 24 treuung konzentrieren.

25

**Resozialisierung als oberstes Ziel des Strafvollzugs**

27 Die hohe Rückfallquote zeigt, dass Strafverschärfungen in  
 28 der Regel nicht die Lösung sind. Eine erfolgreiche Gefäng-  
 29 nisreform muss darauf abzielen, Straffälligkeit langfristig  
 30 zu reduzieren. Nicht hilfreich hierfür ist von Gefangenen  
 31 verrichtete Arbeit, die lediglich mit zwischen 1 und 2 Euro  
 32 pro Stunde entlohnt wird. Zwar kann Arbeit während der  
 33 Haft grds. zur Resozialisierung beitragen. Es erscheint je-  
 34 doch absurd anzunehmen, dass diese Form der Arbeit zu  
 35 einem "Erkennen des Werts legaler Arbeit" oder gar die  
 36 "Ermöglichung von Schadensersatzzahlungen an die Op-  
 37 fer" zur Folge hätte, wie diese Maßnahmen in den Jus-  
 38 tizvollzugsgesetzen der Länder häufig gerechtfertigt wer-  
 39 den. Auch das Bundesverfassungsgericht hat daher die  
 40 enorm niedrigen Vergütungen in einzelnen Bundeslän-  
 41 dern zumindest teilweise für verfassungswidrig erklärt. Es  
 42 muss sichergestellt werden, dass Inhaftierte nicht einfach  
 43 nur ihre Strafe absitzen, sondern aktiv auf ein Leben in  
 44 Freiheit vorbereitet werden. Dazu gehören:

45

- 46 • **Bessere Haftbedingungen mit Fokus auf Resoziali-**  
 47 **sierung:** Länder wie Norwegen zeigen, dass humane  
 48 Haftbedingungen und gezielte Rehabilitationspro-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD Berlin fordert:

- Ausbau verpflichtender Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Inhaftierte.
- Einführung eines ganzheitlichen psychologischen Betreuungsprogramms in allen Justizvollzugsanstalten insbesondere mit Blick auf psychische Krankheiten und Suchterkrankungen.
- Stärkung des Übergangsmanagements durch engere Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen, Jobcentern, Sozialämtern, Wohnungsämtern und sozialen Trägern.
- Verbesserung der Haftbedingungen, um die Resozialisierung zu fördern.
- Einstellung zusätzlicher Sozialarbeiter\*innen und Betreuungskräfte für Justizvollzugsanstalten und die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen.
- Einführung eines verpflichtenden Nachbetreuungsprogramms für Haftentlassene.
- Wissenschaftliche Evaluierung bestehender Resozialisierungsmaßnahmen und deren Anpassung an aktuelle Erkenntnisse.
- eine gerechte Entlohnung der von Inhaftierten geleisteten Arbeit - mindestens mit Mindestlohn.
- ein Gutachten, inwieweit Deutschland mit Vorbild von bspw. Schweden den Grad der Resozialisierung durch Maßnahmen wie Beibehalten des Jobs bei geringen Gefängnisstrafen oder mehr Freigang erhöhen kann.

gramme zu niedrigeren Rückfallquoten führen.

- **Verpflichtende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen:** Wer nach der Haft eine berufliche Perspektive hat, wird seltener rückfällig. Wir fordern eine deutliche Ausweitung von Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen in den Justizvollzugsanstalten (JVA).
- **Mehr Sozialarbeiter\*innen und Betreuungspersonal in den JVAs:** Resozialisierung funktioniert nur, wenn genügend Fachkräfte für individuelle Betreuung zur Verfügung stehen. Eine konsequente psychologische Betreuung während der Haft kann dazu beitragen, Rückfälle zu verhindern. Es gibt Haftanstalten, in denen auf 70 Gefangene nur ein\*e Beamte\*in kommt. Bundesweit sind im Justizvollzug etwa 2.000 Planstellen unbesetzt.
- **Bessere Nachbetreuung für Haftentlassene:** Haftentlassene brauchen Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche sowie bei der sozialen Reintegration. Fehlt das steigt das Risiko in alte Muster zurückzufallen signifikant. Wir fordern ein System, das ehemalige Gefangene durch Mentor\*innenprogramme und Unterstützungsangebote nachhaltig begleitet und das eine engere Verzahnung zwischen Strafvollzug, Sozialarbeit und Arbeitsmarktpolitik gewährleistet. Im Allgemeinen fordern wir eine verpflichtende Garantie für psychosoziale Wiedereingliederungsmaßnahmen im Anschluss an Haftstrafen.
- **Mehr Prävention, weniger Rückfälle:** Die Präventionsmaßnahmen müssen zusätzlich ausgeweitet werden. Besonders wichtig sind Veranstaltungen an Schulen und die enge Zusammenarbeit mit Jugendlichen.

**Daher fordern wir:**

- Ausbau verpflichtender Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Inhaftierte.
- Einführung eines ganzheitlichen psychologischen Betreuungsprogramms in allen Justizvollzugsanstalten insbesondere mit Blick auf psychische Krankheiten und Suchterkrankungen.
- Stärkung des Übergangsmanagements durch engere Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen, Jobcentern, Sozialämtern, Wohnungsämtern und sozialen Trägern.
- Verbesserung der Haftbedingungen, um die Resozialisierung zu fördern.
- Einstellung zusätzlicher Sozialarbeiter\*innen und Betreuungskräfte für Justizvollzugsanstalten und die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen.
- Einführung eines verpflichtenden Nachbetreuungs-

- 102       programms für Haftentlassene.
- 103       • Wissenschaftliche Evaluierung bestehender Reso-
- 104       zialisierungsmaßnahmen und deren Anpassung an
- 105       aktuelle Erkenntnisse.
- 106       • eine gerechte Entlohnung der von Inhaftierten ge-
- 107       leisteten Arbeit - mindestens mit Mindestlohn.
- 108       • ein Gutachten, inwieweit Deutschland mit Vorbild
- 109       von bspw. Schweden den Grad der Resozialisierung
- 110       durch Maßnahmen wie Beibehalten des Jobs bei ge-
- 111       ringen Gefängnisstrafen oder mehr Freigang erhö-
- 112       hen kann.